

Kommentar

Ein Zeichen des Wohlwollens

Das deutliche Ja zu tieferen Vermögenssteuern ist bemerkenswert: Tausende Baselbieterinnen und Baselbieter haben am Sonntag einer Vorlage zugestimmt, von der sie selber direkt gar nicht profitieren. Das kann auch als Zeichen der Wertschätzung und des Wohlwollens gegenüber jenen Reichen gesehen werden, die mit ihren hohen Abgaben massgeblich staatliche Leistungen mitfinanzieren. Die Kampagne der Linken, welche die «Steuerprivilegien für Multimillionäre» in der «ungerechten» Vorlage geisselte, verding nicht. Und das ist gut so: Die Propaganda wirkte spaltend – als lasse sich unsere Gesellschaft so einfach in *die* Reichen und *die* Armen aufteilen.

Umgekehrt nimmt das Volks-Ja zu tieferen Vermögenssteuern die politisch Verantwortlichen und die Vermögenden in die Pflicht, dem von ihnen geforderten Blick fürs Ganze und dem Gemeinsinn ebenfalls nachzuleben. Die Bürgerlichen sind gut beraten, es mit Forderungen nach neuen Steuersenkungen nicht zu übertreiben. Dass im Baselbiet der mittlere bis obere Mittelstand bei der Einkommenssteuer unangemessen stark belastet wird, ist bekannt. Eine Korrektur tut not. Damit diese mehrheitsfähig wird, muss ein Deal her, der Forderungen der Linken wie etwa den Ausbau der Kinderbetreuung berücksichtigt.

Machtspolitik wäre hier fehl am Platz und könnte sich als Bumerang erweisen. Steuervorlagen sind an der Urne kein Selbstläufer. Auch im bürgerlich geprägten Kanton Baselland nicht.



Hans-Martin Jermann
hans-martin.jermann@chmedia.ch

Reiche werden steuerlich entlastet

Das deutliche Volks-Ja ist für die Befürworter ein wichtiges Signal im Hinblick auf weitere Senkungsvorlagen.

Hans-Martin Jermann

Mit einem Ja-Anteil von 62,61 Prozent haben die Baselbieter Stimmberechtigten klar eine Senkung der Vermögenssteuern gutgeheissen. 38 054 Ja-Stimmen gegenüber 22 725 Nein-Stimmen. Die Beteiligung lag bei 32,74 Prozent. Ein durchschnittlicher Wert für Baselbieter Verhältnisse, der mit dem Fehlen einer zugkräftigen nationalen Vorlage zu erklären ist. Die Steuerreform tritt auf 1. Januar 2023 in Kraft, sie führt bei Kanton und Gemeinden zu Mindererträgen von rund 42 Millionen Franken pro Jahr.

Aus allen fünf Bezirken wurde insgesamt Zustimmung gemeldet: Am deutlichsten fiel diese mit 65,59 Prozent im Bezirk Arlesheim aus, wo einige Gemeinden von Reichen steuerlich stark abhängig sind. Am tiefsten war sie im Bezirk Sissach mit 57,73 Prozent. 78 der 86 Baselbieter Gemeinden meldeten ein Ja. Im Gegensatz zu anderen Abstimmungen ist für einmal kein Graben zwischen dem städtischen Unterbaselbiet und dem ländlichen Oberbaselbiet feststellbar.

Baselland für Reiche kein Hochsteuerkanton mehr

Bei den bürgerlichen Befürwortern herrschen Freude und Erleichterung: Mit dem Volks-Ja verbessere das Baselbiet seine Position im nationalen Vergleich und werde für viele Steuerzahlende kein Hochsteuerkanton mehr sein, betont Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel und FDP-Landrat. «Insbesondere für Gemeinden in Nachbarschaft zu steuergünstigen Aargauer und Solothurner Gemeinden ist das eine wichtige Verbesserung.»

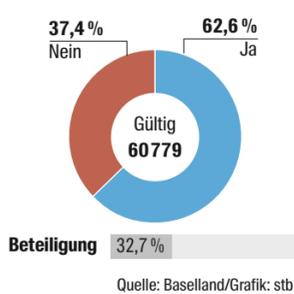
Man sei mit Respekt in den Abstimmungskampf gezogen und nicht im Vornherein sicher gewesen, dass ein Ja resultieren werde, räumt Dätwyler ein. Entsprechend aufwendig war die Kampagne, welche die Befürworter ausrollten: Alleine die Handelskammer steckte rund



Gleich mehrere Komitees warben für tiefere Vermögenssteuern.

Bild: Roland Schmid (18. November 2022)

Vermögenssteuerreform Baselland



60 000 Franken ins Komitee «Für ein starkes Baselbiet». Daneben warben zwei weitere bürgerliche Komitees für ein Ja.

Das klare Ja sei auch als Zeichen wichtig, sagt FDP-Landrat Stefan Degen. Beim Kanton sind nämlich weitere Steuervorlagen angedacht. Vor allem bei der Einkommenssteuer sei der Handlungsbedarf gross, findet Degen und fügt an: «Die Progression zum Beispiel ist zu stark. Wer im Baselbiet 100 000 bis 150 000

Franken pro Jahr verdient, muss bei einer Einkommenserhöhung fast alles an den Fiskus abliefern. Das kanns nicht sein.»

SP verweist auf Kampf «David gegen Goliath»

Die nächste steuerpolitische Kontroverse ist programmiert: «Vorlagen, die zu einer Schlechterstellung tiefer und mittlerer Einkommen führen, werden wir rigoros bekämpfen», kündigt SP-Präsidentin und Landrätin Miri-

am Locher an. Sie fordert, dass der Kanton den finanziellen Handlungsspielraum, der noch bestehe, für Massnahmen nutzt, die der breiten Bevölkerung zugutekämen. Zum Beispiel die gebührenfreie Kinderbetreuung bis zum Eintritt in die Volksschule, wie sie die SP per Volksinitiative gefordert hat. Diese dürfte mit einigen Dutzend Millionen Franken pro Jahr zu Buche schlagen, also in der Grössenordnung ähnlich teuer sein wie die nun beschlossenen Steuersenkungen.

Vom Abstimmungsergebnis zeigt sich Miriam Locher nicht überrascht: «Punkto Mittel war das ein Kampf David gegen Goliath», sagt sie. Die Ausgaben der SP lagen laut Angaben von Locher bei rund 16 000 Franken. Mit dem Nein-Stimmen-Anteil von etwas über 37 Prozent erreichten SP und Grüne, welche hauptsächlich als Gegner der Steuersenkung ins Feld zogen, in etwa ihre Wählerstärke (38 % bei den Landratswahlen 2019).

Anton Lauber: «Eben doch ein ausgewogenes Paket»

Finanzdirektor Anton Lauber spricht von einem «erfreulich deutlichen Resultat». Es unterstreiche, dass es sich trotz anderweitiger Behauptungen der Gegner eben doch um ein moderates und ausgewogenes Paket gehandelt habe. Neben der Steuersatzsenkung werden die Freibeträge erhöht – von 75 000 Franken auf 90 000 Franken (für Einzelpersonen), respektive von 150 000 auf 180 000 Franken (für Ehepaare und Alleinerziehende).

«Es profitieren nicht nur Personen mit hohem Vermögen.» Kommt hinzu, dass mit der Reform auch die tiefen Baselbieter Steuerwerte für Wertschriften abgeschafft werden, was für Personen mit entsprechendem Portfolio zu einer Erhöhung des steuerbaren Vermögens führt. Mit Blick auf zwei weitere Vorlagen für Korrekturen bei der Vermögens- und Einkommenssteuer sowie neue Forderungen nach Entlastungen sagt Mittelmann Lauber denn auch: «Die Mischung muss stimmen.»